

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössische Zollverwaltung
Taubenstrasse 16
3003 Bern

12. Januar 2022

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG) eingeladen. Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Da die Vorlage keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen beinhaltet, stimmen wir vorbehaltlos zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- emk.info@ezv.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
emk.info@ezv.admin.ch

Appenzell, 10. November 2021

Verordnung des Bundesamts für Zoll- und Grenzsicherheit (BAZG) über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

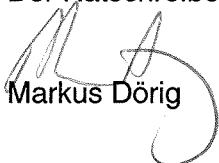
Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Amtsverordnung über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie teilt die Meinung, dass durch die Bündelung der Aufsicht des gewerbsmässigen Handels mit Bankedelmetallen bei einer einzigen Behörde das schweizerische Geldwäschereidispositiv gestärkt und damit die Integrität und Standortattraktivität des Schweizer Finanzplatzes besser gewährleistet werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Zollverwaltung, Taubenstrasse 16
3003 Bern
per E-Mail: emk.info@ezv.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 17. Dezember 2021

Eidg. Vernehmlassung; Verordnung des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 1. Oktober 2021 hat der Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, bei den Kantonsregierungen zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (GwV) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die neue Verordnung des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (GwV-BAZG) ist eine Amtsverordnung und daher nicht im Verordnungspaket des Bundesrates und dessen Vernehmlassungsverfahren enthalten. Wegen dem engen Bezug der neuen Amtsverordnung zur Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG; SR 955.0) bzw. zu den angepassten Bundesratsverordnungen wird dazu zeitgleich ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 werden die Kantonsregierungen von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) eingeladen, zur GwV-BAZG bis zum 17. Januar 2022 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er erachtet die Übertragung der GwG-Aufsicht über Handelsprüfer und Gruppengesellschaften nach dem neuen Art. 42^{bis} EMKG von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) an das der EZV angegliederte Zentralamt für Edelmetallkontrolle als richtig. Er unterstützt die Übergabe der Kompetenz zur Konkretisierung der Sorgfaltspflichten nach dem 2. Kapitel des GwG von der FINMA an die EZV.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössische Zollverwaltung
Herr Christian Bock
Taubenstrasse 16
3003 Bern

Emk.info@ezv.admin.ch

Ihr Zeichen: EZV
Unser Zeichen: 2021.FINGS.292

15. Dezember 2021

RRB Nr.: 1486/2021
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung des BAZG über die Bekämpfung der Geldwäscherei
und der Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.

Mit der vorliegenden Amtsverordnung sollen die bereits bestehenden, für den Sektor (Handelsprüfer/-innen und Gruppengesellschaften, die mit Bankedelmetallen handeln) relevanten Sorgfaltspflichten in einen Erlass zusammengeführt werden. Gemäss dem erläuternden Bericht setzt die Verordnung u.a. gesetzliche Vorgaben um, trägt internationalen Entwicklungen Rechnung und stärkt damit das schweizerische Geldwäschereiabwehrdispositiv.

Weiter hat der Regierungsrat gestützt auf den erläuternden Bericht zur Kenntnis genommen, dass mit der Übertragung der GwG-Aufsicht über Handelsprüfer von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) an das Zentralamt für Edelmetallkontrolle der Eidgenössischen Zollverwaltung einem Wunsch der Branche entsprochen wird.

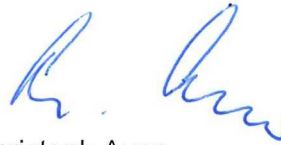
Der Regierungsrat teilt Ihnen gerne mit, dass er mit der Vorlage einverstanden ist und keine Bemerkungen dazu hat.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Datenschutzaufsichtsstelle

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement,
Eidg. Zollverwaltung EZV
Bern

emk.info@ezv.admin.ch

Liestal, 14. Dezember 2021

Vernehmlassung

**zum Entwurf einer Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und
Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Verordnungsentwurf des künftigen Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit BAZG¹ enthält Ausführungsbestimmungen zum Geldwäschereigesetz sowie zum Edelmetallkontrollgesetz des Bundes, die beide kürzlich revidiert wurden. In der Verordnung werden insbesondere bundesinterne Zuständigkeitsfragen geregelt, die keine Auswirkungen auf die Kantone und die Gemeinden haben. Daher verzichten wir auf weitere Bemerkungen.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

¹ Ab 1.1.2022 neue Bezeichnung für die heutige Eidgenössische Zollverwaltung EVZ.



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD);
Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)

Per Mail an:
emk.info@ezv.admin.ch

Basel, 11. Januar 2022

**Regierungsratsbeschluss vom 11. Januar 2022
Vernehmlassung zur Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und
der Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG,
GwV-BAZG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) wurde dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Gelegenheit geboten, zum neuen obengenannten Erlass Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit. Der Regierungsrat begrüsst, dass mit der Verordnung internationalen Entwicklungen Rechnung getragen und das schweizerische Geldwäschereiabwehrdispositiv gestärkt wird. Dies trägt zur Wahrung der Integrität des Schweizer Finanzplatzes und zur Stärkung von dessen Standortattraktivität bei. Darüber hinaus hat der Regierungsrat keine Anmerkungen.

Freundlichen Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances (DFF)
Administration fédérale des douanes AFD
Taubenstrasse 16
3003 Berne

Courriel : emk.info@ezv.admin.ch

Fribourg, le 14 décembre 2021

Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ordonnance de l'OFDF sur le blanchiment d'argent, OBA-OFDF) - procédure de consultation

Monsieur le Directeur,

Par courrier du 1^{er} octobre dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Ce projet n'appelle aucun commentaire particulier de notre part, et nous le soutenons pleinement.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Directeur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Jean-François Steiert

Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Sophie Perrier, Vice-chancelière

Sophie Perrier

Signature électronique qualifiée · Droit suisse

L'original de ce document est établi en version électronique



REPUBLIQUE ET CANTON DE GENEVE
Chancellerie d'Etat
Service administratif du Conseil d'Etat

CHA - SACE
Case postale 3964
1211 Genève 3

Administration fédérale des douanes
Monsieur Christian Bock
Directeur général
Taubenstrasse 16
3003 Berne

N/réf. : MPI/6567-2021

Genève, le 12 janvier 2022

Concerne : modification de l'ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ordonnance de l'OFDF sur le blanchiment d'argent, OBA-OFDF)

Monsieur le Directeur général,

La Chancellerie d'Etat nous prie de vous transmettre, sous ce pli, une copie du courrier relatif à l'objet mentionné sous rubrique.

Veuillez agréer, Monsieur le Directeur général, l'assurance de notre considération distinguée.

Service administratif
du Conseil d'Etat



Genève, le 12 janvier 2022

Le Conseil d'Etat

6567-2021

Département fédéral des finances
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires

Monsieur le Conseiller fédéral,

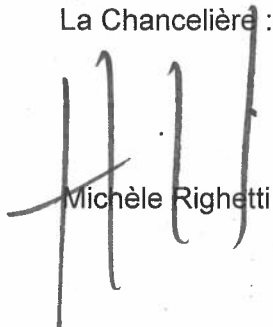
Le courrier du 1^{er} octobre 2021 de l'Administration fédérale des douanes, concernant la consultation sur la nouvelle ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires, nous est bien parvenu et son contenu a retenu notre meilleure attention.

Notre Conseil soutient le projet considéré, dont la teneur n'appelle aucun commentaire de notre part.

En vous réitérant nos remerciements pour cette consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La Chancelière :



Michèle Righetti

Le Président :



Serge Dal Busco

Copie à : Monsieur Christian Bock, directeur général, administration fédérale des douanes

Finanzen und Gesundheit
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail
emk.info@ezv.admin.ch

Glarus, 6. Oktober 2021
Unsere Ref: 2021-1541

Vernehmlassung zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidgenössische Zollverwaltung gab dem Kanton Glarus in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft dem Departement Finanzen und Gesundheit zur direkten Erledigung. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir aufgrund geringer Betroffenheit auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse


Benjamin Mühlemann
Landesstatthalter

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- emk.info@ezv.admin.ch



Departement für Finanzen und Gemeinden Graubünden
Departament da finanzas e vischnancas dal Grischun
Dipartimento delle finanze e dei comuni dei Grigioni

Reichsgasse 35, 7001 Chur
Matthias.Lanz@dfg.gr.ch
www.dfg.gr.ch

Tel. 081 257 32 19

Departement für Finanzen und Gemeinden Graubünden
Reichsgasse 35, 7001 Chur

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

Per E-Mail an:
emk.info@ezv.admin.ch

Chur, 30. November 2021

**Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG):
Vernehmlassung des Kantons Graubünden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit zur Vernehmlassung gemäss Schreiben von Direktor Christian Bock vom 1. Oktober 2021.

Der Kanton Graubünden verzichtet auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Departement für Finanzen
und Gemeinden Graubünden

Dr. Matthias Lanz



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössische Zollverwaltung
per E-Mail an (Word und PDF):
emk.info@ezv.admin.ch

Luzern, 11. Januar 2022

Protokoll-Nr.: 33

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (GwV-BAZG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähn-ter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern keine Bemerkungen zur vorgeschlagenen Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel anzubringen hat und dem Verordnungsentwurf zustimmt.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Reto Wyss
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ordonnance de l'OFDF sur le blanchiment d'argent, OBA-OFDF) - procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir offert la possibilité de participer à la consultation fédérale dont l'objet est cité sous rubrique.

Après avoir pris connaissance des éléments mis en consultation, nous vous informons que ce projet n'appelle aucun commentaire particulier de notre part.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de nos sentiments distingués.

Neuchâtel, le 10 janvier 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössische Zollverwaltung EZV
Taubenstrasse 16
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 21. Dezember 2021

**Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG).
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bock

Mit Schreiben vom 01. Oktober 2021 laden Sie die Kantonsregierungen zu einer Stellungnahme zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG) ein. Wir danken für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

Der Regierungsrat des Kanton Nidwalden hat den vorliegenden Entwurf der Verordnung des BAZG geprüft und unterstützt die Bündelung der Aufsicht des gewerbsmässigen Handels mit Bankedelmetallen bei einer einzigen Behörde. Dadurch wird das schweizerische Geldwäschereidispositiv gestärkt und somit die Glaubwürdigkeit als auch die Standortattraktivität des Schweizer Finanzplatzes gewährleistet.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- emk.info@ezv.admin.ch



CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Per E-Mail

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
(BAZG)
Herr Christian Bock, Direktor
Taubenstrasse 16
3003 Bern

emk.info@ezv.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4170

Sarnen, 10. Januar 2022/rc

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäsche-
rei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG)
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bock
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zur obgenannten Verordnung eine Stellungnahme abzugeben. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir teilen die Auffassung, wonach es effizienter ist, wenn nur eine Stelle gleichzeitig als Bewilligungs- und Geldwäschereiaufsichtsbehörde amtiert. Dadurch entstehen Synergien und der Austausch mit der Behörde wird vereinfacht, da nur noch eine Stelle zuständig ist. Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Freundliche Grüsse



Maya Büchi-Kaiser
Landstatthalter

Kopie an:
Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
Taubenstrasse 16
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 7. Januar 2022

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Direktor

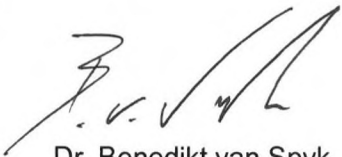
Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie uns zur Stellungnahme betreffend den Erlass der Verordnung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Mit der unterbreiteten Verordnung soll die am 19. März 2021 vom Parlament verabschiedete Revision des Geldwäschereigesetzes (SR 955.0) konkretisiert werden.

Da die Vorlage keine direkten Auswirkungen auf den Kanton St.Gallen hat, verzichten wir auf eine materielle Stellungnahme.

Im Namen der Regierung


Marc Mächler
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
emk.info@ezv.admin.ch

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössische Zollverwaltung
Taubenstrasse 16
3003 Bern

14. Dezember 2021

Vernehmlassung zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)

Sehr geehrter Herr Bock
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 1. Oktober 2021 in oben genannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Kanton Solothurn begrüsst die mit der vorliegenden Verordnung beabsichtigten Präzisierungen und Ausführungen des Geldwäscherei- und Edelmetallkontrollgesetzes. Aus Sicht des Kantons Solothurn gibt die neue GwV-BAZG zu keinen Bemerkungen Anlass.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundeshaus
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schwyz, 14. Dezember 2021

Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 hat das Eidgenössische Finanzdepartement den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zur Vernehmlassung bis 17. Januar 2022 unterbreitet.

Der Regierungsrat erachtet die Ausführungsbestimmungen zum Geldwäschereigesetz (GwG) als zielführend. Eine zielgerichtete Umsetzung der Empfehlungen aus dem Länderbericht der Financial Action Task Force ist wichtig, um die Standortattraktivität des Schweizerischen Finanzplatzes zu erhalten bzw. weiter zu verbessern.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 11. Januar 2022

20

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum eingangs erwähnten Geschäft.

Die vorliegende Verordnung setzt die gesetzlichen Vorgaben um, trägt internationalen Entwicklungen Rechnung, stärkt damit das schweizerische Geldwäschereiabwehrdispositiv und trägt damit zur Wahrung der Integrität des Schweizer Finanzplatzes und zur Stärkung von dessen Standortattraktivität bei. Zudem werden mit der vorliegenden Verordnung die bereits bestehenden, für den Sektor relevanten Sorgfaltspflichten in einen Erlass zusammengeführt. Dadurch werden das wirtschaftliche Wachstum und die Wertschöpfung des Sektors nicht beeinträchtigt.

Wir unterstützen die neue Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG), insbesondere die Bündelung der Aufsicht über die Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit dem Geldwäschereigesetz (GwG; SR 955.0) und über die Bestimmungen des Edelmetallkontrollgesetzes (EMKG; SR 941.31) in einer Behörde.

2/2

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

M. Müller

Der Staatsschreiber

R. S.



Numero
57

cl

0

Bellinzona
12 gennaio 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor
Christian Bock
Amministrazione federale delle dogane
Taubenstrasse 16
3003 Berna

emk.info@ezv.admin.ch

Procedura di consultazione concernente l'Ordinanza dell'UDSC relativa alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo nel commercio di metalli preziosi bancari (ordinanza UDSC sul riciclaggio di denaro, ORD-UDSC)

Stimato Direttore dell'Amministrazione federale delle dogane,
Gentili Signore ed egregi Signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura di consultazione inerente la nuova ordinanza dell'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC) e ringraziamo per la facoltà concessa di poterci esprimere in proposito.

Le misure adottate nel quadro della revisione della Legge sul riciclaggio di denaro (LRD) approvata dal Parlamento federale il 19 marzo 2021 (relative al sistema di comunicazione dei sospetti di riciclaggio di denaro, all'introduzione di un obbligo di autorizzazione per l'acquisto a titolo professionale di vecchi metalli preziosi, all'istituzione dell'Ufficio centrale di controllo dei metalli preziosi quale nuova autorità di autorizzazione e vigilanza ai sensi della LRD e alla trasparenza delle associazioni che presentano un rischio maggiore di essere sfruttate per il finanziamento del terrorismo) necessitano di disposizioni esecutive.

Il Dipartimento federale delle finanze ha pertanto elaborato e posto in consultazione modifiche all'Ordinanza dell'11 novembre 2015 sul riciclaggio di denaro (ORD), come pure di altre ordinanze del Consiglio federale (Ordinanza del 17 ottobre 2007 sul registro di commercio ORC, Ordinanza dell'8 maggio 1934 sul controllo dei metalli preziosi OCMP, Ordinanza del 6 novembre 2019 sugli emolumenti per il controllo dei metalli preziosi OEm-CMP e Ordinanza del 25 agosto 2004 sull'Ufficio di comunicazione in materia di riciclaggio di denaro OURD), sulle quali abbiamo preso posizione con lettera separata.

Prendiamo atto che il progetto di nuovo atto normativo, emanato dall'UDSC sulla base dell'art. 17 cpv. 1 lett. d LRD e dell'art. 42ter cpv. 4 LCMP (norme adottate dal Parlamento

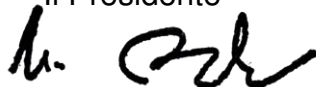
federale nell'ambito della revisione della LRD menzionata) e oggetto della presente procedura di consultazione, concretizza in particolare gli obblighi di diligenza dei titolari di autorizzazione nell'ambito del commercio di metalli preziosi bancari e le disposizioni in materia di vigilanza da parte dell'Ufficio centrale.

Lo scrivente Consiglio non ha osservazioni particolari relativamente a tale progetto e segnala unicamente i seguenti errori di battitura nella versione italiana dell'art. 17: alla fine del cpv. 2 vi è un punto di troppo, mentre alla fine del cpv. 3 non vi è alcuna punteggiatura.

Vogliate gradire l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Eidgenössische Zollverwaltung

<mailto:emk.info@ezv.admin.ch>

Altdorf, 21. Oktober 2021

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 4. Oktober 2021 hat die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG), Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen haben wir uns entschieden, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Freundliche Grüsse

Finanzdirektion
Direktionssekretariat



Rolf Müller, Generalsekretär



Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Rue Caroline 11
1014 Lausanne

Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

Office fédéral de la douane et de la
sécurité des frontières (OFDF)
Monsieur le Directeur général
Christian Bock
Taubenstrasse 16
3003 Berne

Par courrier électronique à :
emk.info@ezv.admin.ch
(une version Word et une version PDF)

Réf. : 22_COU_283

Lausanne, le 17 janvier 2022

Consultation : Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ordonnance de l'OFDF sur le blanchiment d'argent, OBA-OFDF)

Monsieur le Directeur général,

En date du 1^{er} octobre 2021, vous avez fait parvenir à la Chancellerie d'Etat le projet d'ordonnance citée en titre pour consultation, ce dont nous vous remercions.

Nous sommes favorables à ce projet, dans la mesure où l'OBA-OFDF procède à la concrétisation du transfert de compétences prévu par les nouveaux articles 12 let. b^{ter} de la Loi sur le blanchiment d'argent (LBA ; RS 955.0) et 42^{bis} de la Loi sur le contrôle des métaux précieux (LCMP ; RS 941.31). Ce transfert de compétences correspond en effet aux souhaits de la branche concernée, soit les essayeurs de commerce et les sociétés de groupe qui font le négoce de métaux précieux au sens de ces lois ; il permettra une simplification des échanges entre les acteurs de la branche et les autorités, ce que nous saluons.

Nous n'avons pas de remarque particulière à formuler au surplus.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Directeur général, à l'assurance de notre haute considération.

Le Chef du département

Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Copie

- Monsieur Roland Ecoffey, Chef de l'Office des affaires extérieures



2021.04755

P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne



Références PAC/JZ
Date 1^{er} décembre 2021

Consultation : Ordonnance de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (OBA-OFDF)

Monsieur le Conseiller fédéral,

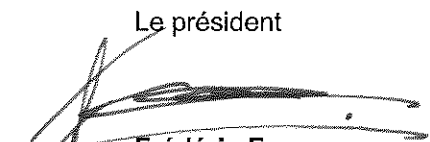
Le 1^{er} octobre 2021, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral des finances de mettre en consultation la modification de l'ordonnance sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

Nous vous en remercions et nous vous communiquons notre avis sur les modifications apportées à l'ordonnance fédérale.

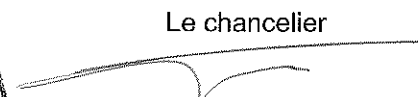
Le présent projet de nouvelle ordonnance précise les obligations pour les titulaires d'autorisation et les dispositions relatives à la surveillance par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières. L'ordonnance contre le blanchiment (OBA) de l'OFDF s'inspire très étroitement de l'OBA-FINMA. Le canton du Valais est sensible au renforcement du système de défense de la Suisse dans la lutte contre le blanchiment et le financement du terrorisme. Partant de ce constat, nous sommes favorables au principe même d'adaptation de nos dispositions légales.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Frédéric Favre



Le chancelier

Philipp Spörri

Copie à emk.info@ezv.admin.ch



Finanzdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail an: emk.info@ezv.admin.ch

Herr Christian Bock
Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)
Taubenstrasse 16
3003 Bern

heinz.taennler@zg.ch
Zug, 13. Januar 2022 urle
FD FDS 6 / 230 / 53166

**Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG);
Verzicht auf umfassende Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bock

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 hat uns die Eidgenössische Zollverwaltung in titelvermerkter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Für die Gelegenheit dazu danken wir Ihnen bestens. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat der Finanzdirektion das Geschäft zur direkten Erledigung überwiesen.

Die Finanzdirektion verzichtet auf eine umfassende Stellungnahme. Sie befürwortet die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen, die das Abwehrdispositiv der Schweiz zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung stärken und damit die Standortattraktivität und die Integrität des Schweizer Finanzplatzes wahren. Weitere Bemerkungen haben wir nicht anzubringen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

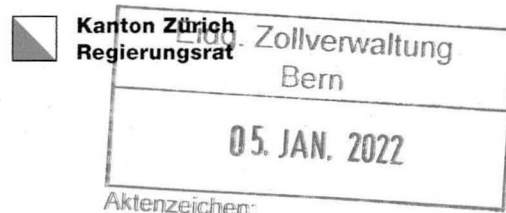
Freundliche Grüsse
Finanzdirektion



Heinz Tännler
Regierungsrat

Kopie an:

- emk.info@ezv.admin.ch (Word und PDF)
- Staatskanzlei zur Geschäftskontrolle (info.staatskanzlei@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (info.og@zg.ch)
- Sicherheitsdirektion des Kantons Zug (info.sd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug (info.vd@zg.ch)



Eidgenössisches Finanzdepartement
Eidgenössische Zollverwaltung
Taubenstrasse 16
3003 Bern

15. Dezember 2021 (RRB Nr. 1520/2021)

**Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei
und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 1. Oktober 2021 haben Sie uns die Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen den vorgeschlagenen Neuerlass grundsätzlich, weisen jedoch auf folgende Punkte hin.

Zu Art. 6 Abs. 1 Bst. a in Verbindung mit Abs. 2 GwV-BAZG (Erforderliche Angaben)

Eine eindeutige Identifikation von natürlichen Personen ist mit diesen Vorgaben nicht möglich. Da gemäss Art. 10 Abs. 2 GwV-BAZG eine Kopie des vorgelegten Identifikationsdokuments zu den Akten genommen wird, schlagen wir vor, Art. 6 Abs. 1 Bst. a GwV-BAZG um die Angaben zu Geburtsort und -land sowie um die Nummer des verwendeten Identifikationsdokuments zu ergänzen.

Zu Art. 12 Abs. 1 GwV-BAZG (Verzicht auf die Echtheitsbestätigung und Fehlen der Identifizierungsdokumente)

Die Möglichkeit, auf eine Echtheitsbestätigung nach eigenem Gutdünken zu verzichten, macht die umfangreichen Anforderungen des vorangehenden Art. 11 GwV-BAZG zur Echtheitsbestätigung zunichte. Sie führt zu Rechtsunsicherheit und hat erhebliches Missbrauchspotenzial. Art. 12 Abs. 1 GwV-BAZG ist daher wegzulassen.

Zu Art. 21 Abs. 1 und 3 GwV-BAZG (Erforderliche Angaben)

Entsprechend den Anmerkungen zu Art. 6 GwV-BAZG schlagen wir vor, auch Art. 21 Abs. 1 GwV-BAZG um die Angaben zu Geburtsort und -land sowie die Nummer des verwendeten Identifikationsdokuments zu ergänzen und die Kopie eines Identifikationsdokuments zu den Akten zu nehmen.



Zu Art. 30 Abs. 4 GwV-BAZG (Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken)

Es ist im Erlass festzuhalten, dass als Geschäftsbeziehungen mit erhöhtem Risiko auch die unter Art. 20 Abs. 3 GwV-BAZG genannten Fälle verstanden werden, bei denen Verdachtsmomente für eine mögliche Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung bestehen.

Zu Art. 31 Abs. 3 GwV-BAZG (Transaktionen mit erhöhten Risiken)

Desgleichen müssen als Transaktionen mit erhöhtem Risiko auch die unter Art. 13 Abs. 3 und 22 Abs. 2 GwV-BAZG genannten Fälle verstanden werden, bei denen Verdachtsmomente für eine mögliche Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung bestehen.

Zu Art. 32 Abs. 2 GwV-BAZG (Zusätzliche Abklärungen bei erhöhten Risiken) und Art. 33 Abs. 1 GwV-BAZG (Mittel der Abklärungen)

Die Formulierung «je nach den Umständen» ist zu unverbindlich. Wir beantragen deshalb, den einleitenden Satz wie folgt anzupassen: «Abzuklären ist namentlich ...».

Abschliessend weisen wir darauf hin, dass für die Zürcher Strafverfolgungsbehörden die von der Verordnung betroffene Gruppe von Finanzintermediären bisher ohne Bedeutung ist. Gemäss der Statistik der Meldestelle für Geldwäscherei aus dem Jahr 2020 wurden nur zwölf Verdachtsmeldungen (oder 0,2% aller Meldungen) von Rohwaren- und Edelmetallhändlern erstattet, davon wurde keine an den Kanton Zürich weitergeleitet.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Bundesrat Ueli Maurer
Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Elektronisch an:
Emk.info@ezv.admin.ch

Bern, 17. Januar 2022

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage.
Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP unterstützt die Übertragung der Überwachungsaufgaben, welche das geltende Geldwäschereidispositiv betreffen, an das neu eingeführte Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG). Damit übernimmt das BAZG die Geldwäschereiaufsicht über die Handelsprüfer und Gruppengesellschaften, die mit Bankedelmetallen handeln, ohne gesetzliche Pflichten für die Marktteilnehmer, welche gemäss dem FINIG auferlegt werden, massgeblich zu ändern.

Mit den vorliegenden Verordnungsänderungen werden die bereits bestehenden, für den Sektor relevanten Sorgfaltspflichten in Bezug auf das Geldwäschereiabwehrdispositiv in einen einzigen Erlass zusammengeführt. Da die Übertragung der Geldwäscherei-Gesetz-Aufsicht an das Zentralamt dem Wunsch der Branche entspricht, unterstützt auch die SVP diese Änderung. Von der am 1. Juli 2022 in Kraft tretenden Verordnungsänderung verspricht sich die Branche, einen vereinfachten Austausch mit den Behörden, da ab diesem Zeitpunkt nur noch eine Behörde (das Zentralamt der BAZG) für die Regulierung zuständig ist. Dies ist aus Sicht der Unternehmen zu begrüßen.

Aufgrund des verbesserten Zugangs der Unternehmen zur Verwaltung (gemäss dem Prinzip eines «one-stop-shops») und den inhaltlich marginalen gesetzlichen Änderungen unterstützt die SVP die Verordnungsrevision.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller
Nationalrat



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21
3011 Bern

rahel.estermann@gruene.ch
031 326 66 15

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD, Herr Bundesrat Ueli Maurer
Eidgenössische Zollverwaltung
Herr Zolldirektor Christian Bock
3003 Bern

per E-Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch
emk.info@ezv.admin.ch

Bern, 17. Januar 2022

Verordnungen zur Bekämpfung von Geldwäscherei: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Umsetzung der Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG) und zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zu den Vorlagen zu äussern.

Die Grundlage des Vernehmlassungsverfahrens ist die durch das Parlament beschlossene Revision des Geldwäschereigesetzes vom 19. März 2021. Die GRÜNEN begrüssen es, dass das Abwehrdispositiv der Schweiz zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusbekämpfung verbessert wird und einige Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force (FATF) mit der Anpassung von fünf Erlassen übernommen wird. Gleichzeitig fehlen in der Revision zentrale Punkte. So braucht es die Unterstellung der Berater*innen unter das Geldwäschereigesetz (GwG), damit alle in der Schweiz tätigen Finanzintermediäre und Berater*innen den gleichen Regulierungsvorschriften unterstellt sind. Zudem wäre es sinnvoll, den Schwellenwert für Sorgfaltspflichten im Edelmetall- und Edelsteinhandel von 100 000 auf 15 000 Franken zu senken. Dies entspräche dem Vorschlag des Bundesrates in der Vernehmlassung zum GwG sowie der Empfehlung der FATF anlässlich des vierten Länderberichts. Zudem schlagen die GRÜNEN vor, die gewerbsmässige Herstellung von Schmelzprodukten ebenfalls dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen. Die GRÜNEN Schweiz fordern weiterhin, dass die Schweiz einen Grossteil der insgesamt 40 Empfehlungen übernimmt.

Aus Sicht der GRÜNEN ist zudem zentral, dass die in der Gesetzesrevision neu aufgenommenen Punkte bezüglich der Pflicht der Prüfung der Kundenangaben zum wirtschaftlich Berechtigten und zur Pflicht der Aktualisierung der bestehenden Kundendaten konkretisiert werden. Die Konkretisierung dieser beiden Bestimmungen fällt jedoch nicht in den Bereich der

hier vorliegenden Verordnungen. Die entsprechenden zusätzlichen Verordnungsänderungen müssen aber ebenso rasch an die Hand genommen werden.

Für die «Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung» regen die GRÜNEN folgende Ergänzung an:

Entsprechend der neuen Vorschriften sind Vereine zur Eintragung verpflichtet, wenn sie hauptsächlich Vermögenswerte im Ausland direkt oder indirekt sammeln oder verteilen, die für karitative, religiöse, kulturelle, erzieherische oder soziale Zwecke bestimmt sind (ZGB Art. 61 Abs. 2^{bis}).

Die GRÜNEN haben bereits während der Debatte zum Geldwäschereigesetz auf die Risiken dieser Gesetzesbestimmung hingewiesen. Eine Minderheit (Walder II) schlug im Nationalrat eine Anpassung des Artikels 61 vor, um den administrativen Aufwand für einen Grossteil von kleinen Vereinen sowie die politischen Gefahren einer obligatorischen Registrierung für Personen, die bei Organisationen im Bereich der Religion, Antikorruption oder Menschenrechte aktiv sind, zu reduzieren.

Anlässlich der Debatte im Nationalrat am 1. März 2021 versicherte Bundesrat Ueli Maurer der Minderheit, dass das Finanzdepartement die entsprechende Problematik erkannt habe und dies im Rahmend der Verordnung geregelt werden sollte. Ferner fügte er an: «Die Schweiz ist ein Land der Vereine, und es braucht hier eine entsprechende Differenzierung.» Auch aufgrund der Zusicherung durch Bundesrat Maurer stimmte eine Mehrheit (108 gegen 85) gegen den Minderheitsantrag – im Wissen, dass dieser Punkt in der Verordnung geregelt werden wird.

Trotz der Zusicherung des Bundesrates enthält die hier vorliegende Vernehmlassung keine Ausnahmen für Vereine, welche nur ein geringes Risiko in Bezug auf Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung aufweisen. Die GRÜNEN bedauern sehr, dass der Bundesrat seine Ankündigung nicht einhält. Wir sind der Ansicht, dass die betreffenden Vereine standardmässig als «geringes Risiko» eingestuft und somit von dieser Verpflichtung ausgenommen werden sollten. Die Pflicht zur Eintragung ins Handelsregister sollte nur in Fällen gelten, in denen die zuständige Behörde einen Verein aus triftigen Gründen als mit einem erhöhten Risiko behaftet einstuft, insbesondere aufgrund der Höhe der gesammelten oder verteilten Gelder, der Herkunft oder Bestimmung der gesammelten oder verteilten Gelder oder der Zweckbestimmung der gesammelten oder verteilten Gelder.

Wir danken Ihnen, Herr Bundesrat, Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, für die Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts in diesem Sinne.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Rahel Estermann
stv. Generalsekretärin, Leiterin Politik



Per E-Mail

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)
Bernerhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)
Taubenstrasse 16
3003 Bern

emk.info@ezv.admin.ch

**Vernehmlassungsantwort zur Änderung der Verordnung über die
Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung und der
Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und
Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel**

Sehr geehrte Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die vorgeschlagenen Verordnungsänderungen als gesetzeskonforme, taugliche und sachgemässe Umsetzung der vom Parlament in der Frühlingssession 2021 abgeschlossenen Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG) im Grundsatz. Allerdings fordern wir den Bundesrat dazu auf, die Eintragungspflicht von Vereinen mit überwiegendem Zweck der Geldsammlungen im Ausland verhältnismässig anzuwenden und regelmässig Ausnahmemöglichkeiten zu prüfen (siehe dazu unten stehend unter Ziff. 2.1.). Weiter gilt es allgemein festzuhalten, dass die vom Parlament beschlossene GwG-Revision insbesondere im internationalen Vergleich bei Weitem nicht ausreichend, um Geldwäscherei wirksam bekämpfen zu können. Dies zeigt sich exemplarisch beim Verzicht auf den Einbezug der Berater:innen unter die Sorgfalts- und

Meldepflichten des Geldwäschereigesetzes (vgl. Art. 2 Abs. 1 lit. c E-GwG), der sich nicht zuletzt nach den Enthüllungen der «Pandora Papers» mehr denn je als Fehler erwiesen hat.¹

2 Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen

2.1. Eintragungspflicht von Vereinen mit dem überwiegenden Zweck der Geldsammlungen im Ausland (Art. 90 Abs. 1 lit. g, Art. 92a, Art. 93 Abs. 2 E-HRegV)

Die SP Schweiz unterstützt das hinter der Eintragungspflicht von Vereinen mit dem überwiegenden Zweck von Geldsammlungen im Ausland gestützt auf Art. 61 Abs. 2 E-ZGB stehende Ziel der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismus im Grundsatz.² Allerdings muss dabei sichergestellt werden, dass durch diese Pflicht Vereinen mit legitimen Aktivitäten kein übermässiger administrativer Aufwand³ sowie das Risiko der Exponierung ihrer vertretungsberechtigten Personen vor rechtsstaatlich bedenklichen ausländischen Regierungen entsteht. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine verhältnismässige Umsetzung dieser Bestimmungen und begrüssen insbesondere die relativ niederschwellige Möglichkeit von nichteintragungspflichtigen Vereinen, dies mittels einfacher Erklärung den Handelsregisterämtern zu melden (Art. 92a E-HRegV) sowie die Möglichkeit der Löschung von nicht eintragungspflichtigen Vereinen aus dem Handelsregister (Art. 93 Abs. 2 E-HRegV).⁴ Weiter fordern wir den Bundesrat dazu auf, regelmässig zu prüfen, ob Ausnahmemöglichkeiten von dieser Eintragungspflicht für Vereine gemäss Art. 61 Abs. 2^{ter} E-ZGB vorliegen und die Handelsregisterverordnung dann gegebenenfalls anzupassen⁵.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Anmerkungen.
Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident

¹ Vgl. Medienmitteilung SP Schweiz vom 4.10.2021, Die Fehler vom Frühling korrigieren: Schluss mit der Unterstützung für dreckige Geschäfte!.

² Vgl. Erläuternder Bericht, S. 5.

³ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 31.

⁴ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 13f.

⁵ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 6f.



Claudio Marti

Politischer Fachsekretär





Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

Per Mail: emk.info@ezv.admin.ch

Bern, 14. Oktober 2021

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Sekretariat

Maja Münstermann

Von: Verband <verband@arbeitgeber.ch>
Gesendet: Montag, 4. Oktober 2021 11:08
An: _EZV-Direktion
Betreff: AW: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

Kategorien: Nadia Fritz

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, in erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichten wir auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag und eine gute Woche.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: direktion@ezv.admin.ch <direktion@ezv.admin.ch>
Gesendet: Freitag, 1. Oktober 2021 15:50
An: info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; info@eag-ge.ch; vernehmlassungen@evppev.ch; info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch; lorenzo.quadri@mattino.ch; pdaz@pda.ch; gs@svp.ch; franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch; info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; sgv@crm.sgv-usam.ch; Verband <verband@arbeitgeber.ch>; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch; info@asfcmp.ch; info@vsgu-ashb.ch; christen.advo@bluewin.ch; info@fhs.swiss; apiah@arc-horloger.ch
Betreff: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens / Ouverture de la procédure de consultation / Avvio della procedura di consultazione

Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 1. Oktober 2021 die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 17. Januar 2022. Der titelvermerkte neue Erlass ist eine Amtsverordnung und daher nicht im Verordnungspaket des Bundesrates und dessen Vernehmlassungsverfahren enthalten. Aufgrund des engen Bezuges der neuen Amtsverordnung zur Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG) bzw. zu den angepassten Bundesratsverordnungen wird dazu zeitgleich ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Weitere Informationen entnehmen Sie dem angefügten Orientierungsschreiben.
Laufende Vernehmlassungen: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ordonnance de l'OFDF sur le blanchiment d'argent, OBA-OFDF): ouverture de la procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

Le 1^{er} octobre 2021, le Conseil fédéral a mis en consultation le crédit d'engagement pour le financement d'un approvisionnement en électricité sûr des émetteurs de la Confédération. La procédure de consultation dure jusqu'au 17 janvier 2022. Le nouvel acte cité en titre est une ordonnance d'un office et ne fait donc pas partie du paquet d'ordonnances du Conseil fédéral et de sa procédure de consultation. En raison du lien étroit entre la nouvelle ordonnance de l'office relative à la révision de la loi sur le blanchiment d'argent (LBA) et les ordonnances du Conseil fédéral modifiées, une procédure de consultation sera menée en même temps.

Vous trouverez de plus amples informations dans le courrier ci-joint.

Procédures de consultation en cours: <https://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>

Ordinanza dell'UDSC relativa alla lotta contro il riciclaggio di denaro e il finanziamento del terrorismo nel commercio di metalli preziosi bancari (ordinanza UDSC sul riciclaggio di denaro, ORD-UDSC): apertura della procedura di consultazione

Gentili Signore e Signori

Il 1° ottobre 2021 il Consiglio federale ha avviato la procedura di consultazione concernente una modifica dell'ordinanza sul riciclaggio di denaro (ORD). La consultazione terminerà il 17 gennaio 2022. Il nuovo atto normativo in oggetto è un'ordinanza di un ufficio e dunque non fa parte del pacchetto di ordinanze del Consiglio federale posto in consultazione. Visto lo stretto legame del nuovo atto con la revisione della legge sul riciclaggio di denaro (LRD) e con le modificate ordinanze del Consiglio federale, viene indetta contemporaneamente una procedura di consultazione relativa alla nuova ordinanza.

Per ulteriori dettagli consultare la lettera d'informazione allegata.

Procedure di consultazione in corso: <https://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>

Freundliche Grüsse / Meilleures salutations / Distinti saluti

Politischer Stab

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

direktion@ezv.admin.ch

www.ezv.admin.ch

Monsieur le Conseiller fédéral Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

vernehmlassungen@sif.admin.ch
emk.info@ezv.admin.ch

Paudex, le 5 janvier 2022
SHR/MIS

Consultation fédérale – Ordonnances sur le blanchiment : Ordonnance sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme et Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (OBA-OFDF)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris connaissance des consultations mentionnées sous rubrique et nous permettons de vous transmettre ci-après notre prise de position.

Nous nous bornerons à apprécier le projet dans son ensemble et à émettre quelques remarques d'ordre général et vous renvoyons pour les questions techniques à l'avis exprimé par les branches professionnelles concernées.

I. Ordonnance sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme

a) Contexte

Le Parlement a approuvé la révision de la loi sur le blanchiment d'argent (LBA) le 19 mars 2021. Cette révision renforce le dispositif de la Suisse dans la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme, tout en tenant compte des principales recommandations du rapport d'évaluation mutuelle de décembre 2016 sur la Suisse rédigé par le Groupe d'action financière (GAFI). La révision doit maintenant être mise en œuvre par les ordonnances.

b) Le projet

Le projet vise à concrétiser les mesures retenues dans la révision de la LBA. Des dispositions d'exécution sont nécessaires aux mesures concernant le système de communication des soupçons de blanchiment d'argent, l'introduction d'une obligation d'obtenir une autorisation pour acheter des métaux précieux usagés, la désignation du Bureau central du contrôle des métaux précieux comme nouvelle autorité de surveillance en matière de blanchiment d'argent et la transparence des associations présentant un risque accru de financement du terrorisme. Des adaptations de l'OBA, de l'ordonnance sur le Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent (OBCBA), de l'ordonnance sur le registre du commerce (ORC), de l'ordonnance sur le contrôle des métaux précieux

(OCMP) et de l'ordonnance sur les émoluments pour le contrôle des métaux précieux (OEmol-CMP) sont ainsi proposées.

Dans l'ensemble, nous sommes favorables aux modifications proposées.

Nous avons toutefois deux remarques concernant le nouvel article 12a OBA (relatif à l'interdiction de rompre les relations d'affaires) et l'article 12b OBA (relatif à la rupture de la relation d'affaires), articles qui posent problème :

Tout d'abord, l'art. 12a alinéa 1 OBA devrait être complété ainsi « *Un intermédiaire financier ne peut pas rompre de lui-même une relation d'affaires...* », pour refléter la même règle qu'à l'actuel article 32 al. 3 OBA-FINMA. Ensuite, s'agissant de l'alinéa 2, ce dernier commence par « *Lorsqu'il existe des signes concrets de l'imminence de mesures de sûreté d'une autorité, ...* ». Or, on voit mal comment un intermédiaire financier pourrait avoir connaissance de l'imminence de mesures de sûreté, sauf à en être informé par l'autorité. Nous préférierions donc que l'article 12a al. 2 OBA commence par : « *Lorsqu'il est informé par une autorité de l'imminence de mesures de sûreté, ...* ».

Par ailleurs, l'article 12b OBA devrait préciser dans un alinéa 3 supplémentaire que : « *Dans les cas visés à l'alinéa 1, la rupture de la relation d'affaires et sa date ne doivent pas être communiqués au bureau de communication.* » Ceci afin de clarifier que l'obligation du nouvel art 9b al. 3 LBA ne s'applique pas à ces cas, pour lesquels le MROS n'est plus saisi du dossier.

II. Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (OBA-OFDF)

Le Centre Patronal ne prend pas position sur ce projet d'ordonnance.

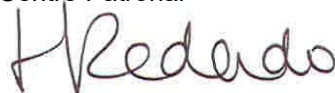
III. Conclusion

Au vu de ce qui précède, nous sommes favorables à la révision de l'OBA, qui met en œuvre les dispositions légales en la matière, à l'exception toutefois des nouveaux articles 12a OBA et 12b OBA qui doivent être précisés et corrigés.

* * *

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Sandrine Hanhardt Redondo

Département fédéral des finances
DFF
Office fédéral de la douane et de la
sécurité des frontières
Taubenstrasse 16
3003 Berne

Par email : emk.info@ezv.admin.ch

La Chaux-de-Fonds, le 17 janvier 2022

Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs,

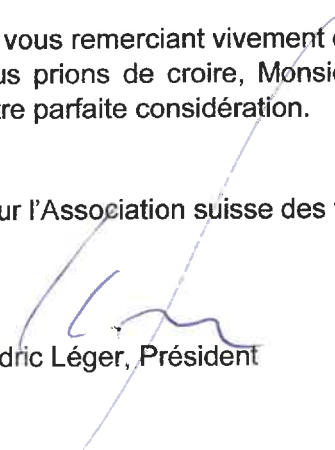
Dans le cadre de la procédure de consultation relative au projet d'Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ci-après : le « **Projet** »), l'Association suisse des fabricants et commerçants de métaux précieux (ci-après l'« **ASFCMP** ») prend position comme suit.

Vous trouverez en annexe un tableau (en version Word et PDF) qui contient les commentaires de l'ASFCMP sur les dispositions du Projet, ainsi que des propositions de modifications de texte à apporter au Projet.

Au vu du caractère technique et spécialisé de notre secteur, nous sommes à votre disposition pour toute clarification.

En vous remerciant vivement de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de notre parfaite considération.

Pour l'Association suisse des fabricants et commerçants de métaux précieux



Cédric Léger, Président

Boulevard des Eplatures 42 CH-2304 La Chaux-de-Fonds
Tél. +41 79 436 62 22/ +41 32 924 02 88 info@asfcmp.ch

Commentaires spécifiques et propositions de texte de l'Association suisse des fabricants et commerçants de métaux précieux (ASFCMP)

La première colonne du tableau contient un extrait des dispositions du projet d'Ordonnance de l'OFDF sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le négoce des métaux précieux bancaires (ci-après « **P-OBA-OFDF** » ou le « **Projet** »). Le Projet a été mis en consultation le 1^{er} octobre 2021¹. Le Rapport explicatif relatif au Projet est cité en tant que « **Rapport OBA-OFDF** ».

La seconde colonne contient les commentaires de l'ASFCMP sur les dispositions du Projet.

La troisième colonne contient cas échéant des propositions de modifications de texte à apporter au Projet.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
Art. 2 Champ d'application La présente ordonnance ne s'applique aux matières pour la fonte que si elles sont achetées ou vendues pour la production de métaux précieux bancaires.	Les matières pour la fonte ne sont pas nécessairement achetées ou vendues mais elles peuvent être transférées sur d'autres bases juridiques (p. ex. <i>toll refining</i>). Dès lors, il convient de privilégier les termes « achetées, vendues ou autrement approvisionnées ou délivrées », ce afin d'éviter des lacunes dans le champ d'application de l'ordonnance et d'assurer une interprétation uniforme. En pratique, les essayeurs du commerce actifs dans le négoce de métaux précieux bancaires adoptent déjà une interprétation du champ d'application de la loi fédérale du 10 octobre 1997 concernant la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (LBA) qui va au-delà des seules transactions d'achat et de vente	La présente ordonnance ne s'applique aux matières pour la fonte que si elles sont achetées, vendues ou autrement approvisionnées ou délivrées pour la production de métaux précieux bancaires.
Art. 20 Principe ¹ L'intermédiaire financier requiert du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de la personne physique qui est l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales lorsque le cocontractant n'est pas l'ayant droit économique ou lorsqu'il y a un doute que le	Nous proposons d'uniformiser l'art. 20 al. 1 let. d P-OBA-OFDF avec notre proposition figurant à l'art. 30 al. 2 let. c P-OBA-OFDF (cf. ci-dessous).	¹ L'intermédiaire financier requiert du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de la personne physique qui est l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales lorsque le cocontractant n'est pas l'ayant droit économique ou lorsqu'il y a un doute que le cocontractant soit l'ayant droit économique, en particulier:

¹ https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2021/100/cons_1.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
cocontractant soit l'ayant droit économique, en particulier: a. lorsqu'une personne qui ne saurait manifestement avoir des liens suffisamment étroits avec le cocontractant dispose d'une procuration qui permet le retrait de valeurs patrimoniales; b. lorsque les valeurs patrimoniales remises sont manifestement hors de proportion avec la situation financière du cocontractant; c. lorsque les contacts avec le cocontractant l'amènent à faire d'autres constatations insolites; d. lorsque la relation d'affaires est établie sans qu'une rencontre n'ait eu lieu avec le cocontractant. ² L'intermédiaire financier ne doit demander aux personnes morales ou aux sociétés de personnes non cotées en bourse exerçant une activité opérationnelle une déclaration écrite concernant la personne physique qui est l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales, qu'en présence d'indices concrets que la personne morale ou la société de personnes exerçant une activité opérationnelle détient des valeurs patrimoniales pour un tiers ou si cela est notoire. ³ Lorsqu'il existe des indices de blanchiment d'argent ou de financement du terrorisme, l'intermédiaire financier doit requérir du cocontractant une déclaration écrite indiquant l'identité de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales. ⁴ Si l'intermédiaire financier n'a aucun doute quant au fait que le cocontractant est bien l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales, il doit le documenter sous une forme appropriée.		d. lorsque la relation d'affaires est établie sans qu'une rencontre n'ait eu lieu avec le cocontractant dans le cadre d'une relation avec une personne physique ou une société de domicile.
Art. 30 Relations d'affaires comportant des risques accrus	Nous comprenons que cette disposition est inspirée de l'art. 13 al. 2 de l'Ordonnance du 3 juin 2015 de	[...]

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
¹ L'intermédiaire financier fixe des critères signalant la présence de risques accrus. ² Entrent notamment en considération, selon le domaine d'activité de l'intermédiaire financier, les critères suivants: a. le siège ou le domicile du cocontractant, du détenteur du contrôle ou de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales, notamment s'il est établi dans un pays que le Groupe d'Action Financière (GAFI) considère à haut risque ou non coopératif, ainsi que la nationalité du cocontractant ou de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales; b. la nature et le lieu de l'activité du cocontractant ou de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales, notamment lorsqu'une activité est exercée dans un pays que le GAFI considère à haut risque ou non coopératif; c. l'absence de rencontre avec le cocontractant et l'ayant droit économique; d. l'importance des valeurs patrimoniales remises; e. l'importance des entrées et sorties des valeurs patrimoniales; f. le pays de provenance ou de destination des métaux précieux bancaires et des matières pour la fonte, notamment depuis ou vers un pays que le GAFI considère à haut risque ou non coopératif; g. la complexité des structures, notamment en cas d'utilisation de plusieurs sociétés de domicile ou d'une société de domicile avec actionnaires fiduciaires dans une juridiction non transparente,	l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le secteur financier (OBA-FINMA). Le modèle d'affaires des banques doit être distingué de celui des essayeurs du commerce. La clientèle des essayeurs du commerce suisses est en effet composée essentiellement de personnes morales sises à l'étranger comme des entreprises minières ou d'autres sociétés actives dans le domaine industriel. L'art. 30 P-OBA-OFDF doit dès lors être adapté en conséquence. Al. 2 let. c : Dans le cadre de relations commerciales internationales de métaux précieux et de matières premières une exigence de rencontrer systématiquement le cocontractant et l'ayant droit économique d'une personne morale pose des problèmes pratiques considérables. Les échanges se font directement par l'intermédiaire du représentant/employé de la personne morale. En effet, l'actionnaire n'est souvent pas actif dans la gestion opérationnelle de la société. Il convient dès lors de préciser qu'une relation d'affaires comporte des risques accrus en l'absence de rencontre avec le cocontractant et l'ayant droit économique dans le cadre d'une relation avec une personne physique ou une société de domicile uniquement. Nouvel al. 2 let. d : L'art. 13 al. 2 let. d OBA-FINMA prévoit comme critère le type de prestations ou de produits sollicités. Il s'agit à notre sens d'un critère pertinent qui doit être introduit dans le P-OBA-OFDF. Al. 2 let. e et f : L'activité des essayeurs du commerce est industrielle et porte sur des volumes conséquents de métaux précieux. Les critères de l'importance des valeurs patrimoniales remises ainsi que des entrées et	² Entrent notamment en considération, selon le domaine d'activité de l'intermédiaire financier, les critères suivants: [...] c. l'absence de rencontre avec le cocontractant et l'ayant droit économique dans le cadre d'une relation avec une personne physique ou une société de domicile ; d. le type de prestations ou de produits sollicités ; e. le caractère inusuel des valeurs patrimoniales remises ; f. le caractère inusuel des entrées et sorties des valeurs patrimoniales ; [...] ⁶ Les relations d'affaires selon les al. 2, let. a, b et e², et 4 doivent être considérées comme des relations d'affaires comportant des risques accrus, indépendamment de savoir si les personnes impliquées agissent en qualité: [...]

² Si une nouvelle let. d (« type de prestations ou de produits sollicités ») à l'art. 30 al. 2 est introduite conformément à la proposition de l'ASFCMP.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
sans raison manifestement compréhensible ou à des fins de placement de valeurs patrimoniales à court terme; h. des transactions fréquentes comportant des risques accrus. ³ Sur la base de son analyse des risques, l'intermédiaire financier détermine pour chacun de ces critères s'il est pertinent pour son activité. Il définit concrètement les critères pertinents dans des directives internes et les prend en compte pour identifier ses relations d'affaires comportant des risques accrus. ⁴ Doivent être considérées dans tous les cas comme des relations d'affaires comportant des risques accrus: a. les relations d'affaires avec des personnes étrangères politiquement exposées; b. les relations d'affaires avec des personnes proches des personnes selon la let. a, conformément à l'art. 2a, al. 2, LBA; c. les relations d'affaires avec des banques étrangères pour lesquelles un intermédiaire financier suisse effectue des activités de banque correspondante; d. les relations d'affaires avec des personnes établies dans un pays que le GAFI considère à haut risque ou non coopératif et pour lequel il invite à faire preuve d'une diligence accrue. ⁵ Doivent être considérées comme relations d'affaires comportant des risques accrus en relation avec un ou plusieurs critères de risque supplémentaires: a. les relations d'affaires avec des personnes politiquement exposées en Suisse;	sorties des valeurs patrimoniales seraient systématiquement remplis. L'importance des valeurs patrimoniales remises et des entrées dépend de la production annuelle de chaque contrepartie (p. ex. les valeurs patrimoniales apportées par une mine sont susceptibles d'être beaucoup plus élevées qu'un cabinet dentaire). Dès lors, le caractère inusuel des valeurs patrimoniales remises ou des entrées et sorties des valeurs patrimoniales serait un critère plus approprié pour déterminer si une relation d'affaires comporte des risques accrus.	

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
b. les relations d'affaires avec des personnes politiquement exposées exerçant des fonctions dirigeantes au sein d'organisations intergouvernementales; c. les relations d'affaires avec des personnes proches des personnes au sens des let. a et b, conformément à l'art. 2a, al. 2, LBA; d. les relations d'affaires avec des personnes politiquement exposées exerçant des fonctions dirigeantes au sein de fédérations sportives internationales; e. les relations d'affaires avec des personnes proches des personnes selon la let. d, conformément à l'art. 2a, al. 2, LBA. ⁶ Les relations d'affaires selon les al. 3, let. a, b et d, et 4 doivent être considérées comme des relations d'affaires comportant des risques accrus, indépendamment de savoir si les personnes impliquées agissent en qualité: a. de cocontractant; b. de détenteur du contrôle; c. d'ayant droit économique des valeurs patrimoniales; d. de personne munie d'une procuration. ⁷ L'intermédiaire financier détermine les relations d'affaires comportant des risques accrus et les désigne comme telles pour l'usage interne. ⁸ Un intermédiaire financier qui a jusqu'à 20 relations d'affaires durables n'a pas besoin d'établir de critères permettant de détecter les relations comportant un risque accru.		

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
Art. 31 Transactions comportant des risques accrus ¹ L'intermédiaire financier fixe des critères de détection des transactions comportant des risques accrus. ² Entrent notamment en considération, selon le domaine d'activité de l'intermédiaire financier, les critères suivants: a. l'importance des entrées et sorties des valeurs patrimoniales; b. l'existence de divergences significatives par rapport à la nature, au volume ou à la fréquence des transactions pratiquées habituellement dans le cadre de la relation d'affaires; c. l'existence de divergences significatives par rapport à la nature, au volume ou à la fréquence des transactions pratiquées habituellement dans le cadre de relations d'affaires comparables; d. le pays de provenance ou de destination des valeurs patrimoniales, notamment depuis ou vers un pays que le GAFI considère à haut risque ou non coopératif. ³ Sont considérées dans tous les cas comme comportant des risques accrus les transactions dans le cadre desquelles, au début d'une relation d'affaires, des valeurs patrimoniales d'une contre-valeur supérieure à 100 000 francs sont apportées physiquement en une fois ou de manière échelonnée.	L'article 31 al. 2 let. a P-OBA-OFDF doit être adapté en tenant compte de la terminologie proposée à l'art. 30 al. 2 let. f P-OBA-OFDF ci-dessus. L'art. 31 al. 3 P-OBA-OFDF doit être adapté en raison du modèle d'affaires des essayeurs du commerce. En pratique la livraison physique de métaux précieux bancaires aux essayeurs du commerce dont la contre-valeur est supérieure à 100 000 francs est systématique. Ce critère doit dès lors prendre en compte d'autres critères plus pertinents comme par exemple les modalités d'acheminement ou la logistique utilisée pour la livraison physique des métaux précieux. L'art. 31 al. 3 P-OBA-OFDF doit également reprendre à notre sens l'art. 14 al. 3 let. b OBA-FINMA qui constitue un critère pertinent.	[...] ² Entrent notamment en considération, selon le domaine d'activité de l'intermédiaire financier, les critères suivants: a. le caractère inusuel de l'importance des entrées et sorties des valeurs patrimoniales; [...] ³ Sont considérées dans tous les cas comme comportant des risques accrus : a. les transactions dans le cadre desquelles, au début d'une relation d'affaires, des valeurs patrimoniales autres que des métaux précieux sont apportées physiquement en une fois ou de manière échelonnée ; b. les transactions dans le cadre desquelles, au début d'une relation d'affaires, des métaux précieux sont apportés physiquement en une fois ou de manière échelonnée, pour autant que les modalités d'acheminement et la logistique utilisée soient inusuelles ; ou c. les paiements effectués depuis ou vers un pays que le GAFI considère à haut risque ou non coopératif et pour lequel il invite à faire preuve d'une diligence accrue.
Art. 32 Clarifications complémentaires en cas de risques accrus ¹ En cas de relations d'affaires ou de transactions comportant des risques accrus, l'intermédiaire financier entreprend, dans une mesure proportionnée aux circonstances, des clarifications complémentaires.	La clientèle des essayeurs du commerce est essentiellement composée d'entreprises industrielles et se distingue de la clientèle dans le domaine bancaire. Pour cette raison, les let. d et e doivent être adaptées et il convient de remplacer la référence à l'entreprise par celle de société de domicile.	² Selon les circonstances, il y a lieu d'établir notamment: [...] d. l'origine des valeurs patrimoniales du cocontractant et des valeurs patrimoniales de

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
² Selon les circonstances, il y a lieu d'établir notamment: a. si le cocontractant est l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales remises; b. l'origine des valeurs patrimoniales remises; c. à quelle fin les valeurs patrimoniales sont utilisées; d. l'origine des valeurs patrimoniales du cocontractant et des valeurs patrimoniales de l'ayant droit économique de l'entreprise; e. l'activité professionnelle ou commerciale exercée par le cocontractant et l'ayant droit économique de l'entreprise ou des valeurs patrimoniales; f. si le cocontractant, le détenteur du contrôle ou l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales sont des personnes politiquement exposées.		l'ayant droit économique d'une société de domicile; e. l'activité professionnelle ou commerciale exercée par le cocontractant personne physique et l'ayant droit économique d'une société de domicile ou des valeurs patrimoniales; f. si le cocontractant, le détenteur du contrôle ou l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales sont des personnes politiquement exposées.
Art. 36 Responsabilité de la direction à son plus haut niveau en cas de risques accrus ¹ La direction à son plus haut niveau ou l'un de ses membres au moins décide: a. de l'admission de relations d'affaires comportant des risques accrus selon l'art. 30, al. 3 et 4, let. a à c, et, tous les ans, de la poursuite des relations d'affaires selon l'art. 38, al. 3, let. a et b, et al. 4, let. a à c; b. de la mise en œuvre, de la surveillance et de l'évaluation des contrôles réguliers portant sur toutes les relations d'affaires comportant des risques accrus. ² Les intermédiaires financiers ayant une activité de gestion de fortune très importante et des structures	L'art. 36 al. 2 P-OBA-OFDF doit être adapté aux activités des assujettis visés par cette ordonnance.	[...] ² Les intermédiaires financiers ayant une activité de négoce de métaux précieux bancaires très importante et des structures comportant de nombreux niveaux hiérarchiques peuvent déléguer cette responsabilité à la direction d'une unité d'affaires.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
comportant de nombreux niveaux hiérarchiques peuvent déléguer cette responsabilité à la direction d'une unité d'affaires.		
Art. 37 Surveillance des relations d'affaires et des transactions ¹ L'intermédiaire financier veille à la mise en place d'une surveillance efficace des relations d'affaires et des transactions et assure ainsi la détection des risques accrus. ² Pour la détection et la surveillance des transactions comportant des risques accrus, il exploite un système informatique. ³ Les transactions détectées par le système de surveillance informatisé doivent être examinées dans un délai raisonnable. Au besoin, des clarifications complémentaires selon l'art. 32 doivent être entreprises. ⁴ L'intermédiaire financier tient un répertoire des auxiliaires et agents d'exploitants de systèmes auxquels il a fait appel. ⁵ Les intermédiaires financiers ayant peu de cocontractants et d'ayants droit économiques ou effectuant peu de transactions peuvent renoncer à l'usage d'un système de surveillance informatisé.	L'art. 37 al. 2 P-OBA-OFDF est inadapté aux transactions conclues par les essayeurs du commerce et les fondateurs en raison d'une clientèle diversifiée (mine, sociétés industrielles, sociétés technologiques, sociétés actives dans l'horlogerie ou la bijouterie ...). L'exploitation d'un tel système informatique serait particulièrement coûteuse et peu fiable en raison des critères applicables qui sont différents pour chaque type de client. Il est en effet difficile d'utiliser des critères uniques pour appréhender informatiquement des transactions individualisées selon le type de client. Une surveillance individualisée serait par ailleurs plus efficace. Par ailleurs, l'OBA-FINMA (art. 20 al. 2) n'exige un système automatisé de surveillance des relations d'affaires et des transactions que pour les banques et maisons de titres, entités fortement réglementées et ayant généralement un nombre très élevé de relations et transactions à surveiller, bien plus que les essayeurs du commerce. Il est dès lors proposé d'adapter l'al. 1 et 3 et de supprimer l'al. 2, 4 et 5.	¹ L'intermédiaire financier veille en particulier à la mise en place d'une surveillance adéquate des relations d'affaires et des transactions et assure ainsi la détection des risques accrus. ² Pour la détection et la surveillance des transactions comportant des risques accrus, il exploite un système informatique. ² Les transactions présentant des risques accrus détectées par l'intermédiaire financier doivent être examinées dans un délai raisonnable. Au besoin, des clarifications complémentaires selon l'art. 32 doivent être entreprises. ⁴ L'intermédiaire financier tient un répertoire des auxiliaires et agents d'exploitants de systèmes auxquels il a fait appel. ⁵ Les intermédiaires financiers ayant peu de cocontractants et d'ayants droit économiques ou effectuant peu de transactions peuvent renoncer à l'usage d'un système de surveillance informatisé.
Art. 39 Rupture de la relation d'affaires ¹ L'intermédiaire financier met un terme à la relation d'affaires aussi rapidement que possible lorsque: a. les doutes sur les indications fournies par le cocontractant subsistent au terme de la procédure décrite à l'art. 15;	Il est proposé d'adapter l'art. 39 al. 2 P-OBA-OFDF et de s'écarter de l'art. 32 al. 1 OBA-FINMA afin de tenir compte du fait que les valeurs patrimoniales visées sont livrées sous une forme physique.	² Lorsque l'intermédiaire financier met un terme à une relation d'affaires douteuse sans procéder à une communication faute de disposer de soupçons fondés de blanchiment d'argent ou de financement du terrorisme, il ne peut autoriser le retrait important de métaux précieux bancaires que sous une forme qui permette aux autorités de poursuite pénale, le cas échéant, de documenter le lieu de destination des métaux précieux bancaires.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
b. les doutes sur les indications fournies par le détenteur du contrôle subsistent au terme de la procédure décrite à l'art. 28; c. les soupçons se confirment que des indications erronées sur l'identité du cocontractant, du détenteur du contrôle ou de l'ayant droit économique des valeurs patrimoniales lui ont été sciemment fournies. ² Lorsque l'intermédiaire financier met un terme à une relation d'affaires douteuse sans procéder à une communication faute de disposer de soupçons fondés de blanchiment d'argent ou de financement du terrorisme, il ne peut autoriser le retrait important de métaux précieux bancaires que sous une forme qui permette aux autorités de poursuite pénale, le cas échéant, de suivre la trace de la transaction (<i>paper trail</i>).		
Art. 42 Autres tâches du service spécialisé de lutte contre le blanchiment ¹ Outre les tâches visées à l'art. 41, le service spécialisé de lutte contre le blanchiment ou un autre service indépendant veille au respect des obligations en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. En particulier: a. il surveille l'exécution des directives internes en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme en accord avec l'organe de révision interne, la société d'audit et les responsables des lignes hiérarchiques; b. il définit les paramètres du système de surveillance des transactions visé à l'art. 37;	L'art. 42 al. 1 let. b P-OBA-OFDF est adapté pour tenir compte de la modification de l'art. 37 P-OBA-OFDF (cf. ci-dessus).	¹ Outre les tâches visées à l'art. 41, le service spécialisé de lutte contre le blanchiment ou un autre service indépendant veille au respect des obligations en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. En particulier: [...] b. il définit les critères pour la surveillance des transactions visée à l'art. 37; [...]

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
c. il fait procéder à l'examen des annonces générées par le système de surveillance des transactions; d. il fait procéder ou procède lui-même aux clarifications complémentaires selon l'art. 32; e. il s'assure que l'organe de direction compétent pour décider de l'admission ou de la poursuite de relations d'affaires selon l'art. 36 reçoit les informations nécessaires pour prendre ses décisions. ² Le service spécialisé de lutte contre le blanchiment ou un autre service indépendant établi, par ailleurs, à l'aune du domaine d'activité et de la nature des relations d'affaires gérées par l'intermédiaire financier, une analyse des risques dans la perspective de la lutte contre le blanchiment d'argent et du financement du terrorisme et tient compte notamment du siège ou du domicile du client, du segment des clients gérés ainsi que des produits et services proposés. L'analyse des risques doit être adoptée par le conseil d'administration ou par l'organe de direction à son plus haut niveau; elle doit être mise à jour périodiquement. ³ Une personne interne chargée de la surveillance au sens de l'al. 1 ne peut pas contrôler des relations d'affaires dont elle est elle-même directement responsable. ⁴ L'intermédiaire financier peut également, sous sa responsabilité, confier à des spécialistes externes les tâches du service spécialisé de lutte contre le blanchiment: a. si, en raison de sa taille ou de son organisation, il n'est pas en mesure de mettre sur pied son propre service spécialisé, ou		

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
b. si la création d'un tel service serait disproportionnée.		
Art. 44 Directives internes ¹ L'intermédiaire financier établit des directives internes en matière de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme et les communique aux personnes concernées sous une forme appropriée. Les directives doivent être adoptées par le conseil d'administration ou par la direction à son plus haut niveau. ² Les directives internes doivent en particulier régler: a. les critères applicables à la détermination de relations d'affaires comportant des risques accrus selon l'art. 30; b. les critères applicables à la détection des transactions comportant des risques accrus selon l'art. 31, al. 1 et 2; c. les principes applicables au système de surveillance des transactions selon l'art. 37; d. les cas dans lesquels le service interne spécialisé dans la lutte contre le blanchiment doit être consulté et la direction informée à son plus haut niveau; e. les principes régissant la formation de son personnel; f. la politique de l'entreprise en ce qui concerne les personnes politiquement exposées; g. la compétence pour les communications au Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent;	L'art. 44 al. 2 let. i P-OBA-OFDF doit être adapté pour tenir compte des modifications apportées à l'art. 30 al. 2 let. e et f³ P-OBA-OFDF. A notre sens, l'art. 44 al. 2 let. i P-OBA-OFDF doit renvoyer à l'art. 30 al. 2 let. d (importance des valeurs patrimoniales remises) et e (importance des entrées et des sorties des valeurs patrimoniales). Avec l'introduction d'une nouvelle lettre d comme proposé ci-dessus (type de prestations ou de produits sollicités), le renvoi prévu à l'art. 44 al. 2 let. i P-OBA-OFDF à l'art. 30 al. 2 let. e et f P-OBA-OFDF ne doit pas être modifié. Il convient également de préciser que les directives internes doivent régler les critères retenus pour apprécier le caractère inusuel des modalités d'acheminement et la logistique utilisée pour la livraison physique de métaux précieux conformément à la proposition de l'ASFCMP figurant à l'art. 31 al. 3 let. b (cf. ci-dessus).	[...] ² Les directives internes doivent en particulier régler: [...] i. les critères retenus pour apprécier le caractère inusuel des valeurs patrimoniales remises ainsi que des entrées et sorties des valeurs patrimoniales selon l'art. 30, al. 2, let. e et f, et 31, al. 2, let. a; j. les critères retenus pour apprécier le caractère inusuel des modalités d'acheminement et la logistique utilisée pour la livraison physique de métaux précieux selon l'art. 31 al. 3 let. b; [...]

³ Si une nouvelle let. d (« type de prestations ou de produits sollicités ») à l'art. 30 al. 2 est introduite conformément à la proposition de l'ASFCMP.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
h. les modalités selon lesquelles l'intermédiaire financier détermine, limite et contrôle les risques accrus; i. les montants limites selon l'art. 30, al. 2, let. e et f, et 31, al. 2, let. a; j. les critères en fonction desquels il peut être fait appel à des tiers selon l'art. 48; k. la répartition des autres tâches et des compétences à l'interne de l'entreprise entre le service spécialisé de lutte contre le blanchiment et les autres unités d'affaires chargées d'appliquer les obligations de diligence.		
Art. 47 Gestion globale des risques juridiques et des risques de réputation ¹ L'intermédiaire financier qui possède des succursales à l'étranger ou dirige un groupe d'essayeurs du commerce comprenant des sociétés étrangères détermine, limite et contrôle de manière globale les risques juridiques et les risques de réputation liés au blanchiment d'argent et au financement du terrorisme auxquels il est exposé. Il s'assure notamment: a. que le service spécialisé de lutte contre le blanchiment ou un autre service indépendant établit périodiquement une analyse des risques sur une base consolidée; b. qu'il dispose d'un rapport standardisé, au moins une fois par année, avec des données tant quantitatives que qualitatives suffisantes des succursales et des sociétés du groupe, de manière à pouvoir effectuer une appréciation fiable de ses risques juridiques et de ses risques de réputation sur une base consolidée; c. que les succursales et les sociétés du groupe l'informent d'elles-mêmes et en temps utile de	La terminologie « d'essayeur du commerce » n'existe pas à l'étranger. Nous proposons dès lors d'adapter la terminologie aux alinéas 1 et 4. Selon le Rapport OBA-OFDF la deuxième partie de l'art. 6 al. 2 let. a OBA-FINMA (à savoir la phrase suivante : « ni la constitution d'une banque de données centralisée des cocontractants et des ayants droit économiques au niveau du groupe, ni un accès centralisé des organes de contrôle internes du groupe aux banques de données locales n'est obligatoire ») est supprimée pour des raisons d'opportunité (Rapport OBA-OFDF, p. 12). Néanmoins, une base de données centrale ou un accès central comme auparavant n'est pas nécessaire (Rapport OBA-OFDF, p. 12). Pour éviter tout doute, il conviendrait à notre sens de réintroduire cette phrase à l'art. 47 al. 2 let. a OBA-OFDF afin d'éviter tout malentendu.	¹ L'intermédiaire financier qui possède des succursales à l'étranger ou dirige un groupe de sociétés actives dans le négoce de métaux précieux bancaires comprenant des sociétés étrangères détermine, limite et contrôle de manière globale les risques juridiques et les risques de réputation liés au blanchiment d'argent et au financement du terrorisme auxquels il est exposé. Il s'assure notamment: [...] ² Il doit s'assurer que: a. les organes de contrôle internes, notamment le service responsable de la compliance ainsi que la révision interne, et les réviseurs externes du groupe disposent, en cas de besoin, d'un accès aux informations concernant les relations d'affaires de toutes les succursales et sociétés du groupe; ni la constitution d'une banque de données centralisée des cocontractants et des ayants droit économiques au niveau du groupe, ni un accès centralisé des organes de contrôle internes du

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
l'établissement et de la poursuite des relations d'affaires globalement les plus significatives du point de vue des risques, des transactions globalement les plus significatives du point de vue des risques ainsi que d'autres modifications importantes des risques juridiques et des risques de réputation, en particulier si d'importantes valeurs patrimoniales ou des personnes politiquement exposées sont concernées; d. que le service responsable de la compliance du groupe mène régulièrement des contrôles internes basés sur les risques dans les succursales et les sociétés du groupe, y compris des contrôles sur place de relations d'affaires choisies de manière aléatoire. ² Il doit s'assurer que: a. les organes de contrôle internes, notamment le service responsable de la compliance ainsi que la révision interne, et les réviseurs externes du groupe disposent, en cas de besoin, d'un accès aux informations concernant les relations d'affaires de toutes les succursales et sociétés du groupe; b. sur demande, les succursales et les sociétés du groupe mettent rapidement à la disposition des organes compétents du groupe les informations nécessaires à la gestion globale des risques juridiques et des risques de réputation. ³ Lorsqu'un intermédiaire financier constate que l'accès aux informations relatives aux cocontractants, aux détenteurs du contrôle ou aux ayants droit économiques des valeurs patrimoniales est, dans certains pays, refusé ou sérieusement entravé pour des motifs d'ordre juridique ou pratique, il en informe sans délai le bureau central.		groupe aux banques de données locales n'est obligatoire ; [...] ⁴ L'intermédiaire financier qui fait partie d'un groupe suisse ou international dont certaines sociétés sont soumises à une surveillance équivalente à la LBA garantit aux organes de contrôle internes ou aux réviseurs externes du groupe l'accès, en cas de besoin, aux informations concernant des relations d'affaires déterminées, dans la mesure nécessaire à la gestion globale des risques juridiques et des risques de réputation.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
⁴ L'intermédiaire financier qui fait partie d'un groupe d'essayeurs du commerce suisse ou international garantit aux organes de contrôle internes ou aux réviseurs externes du groupe l'accès, en cas de besoin, aux informations concernant des relations d'affaires déterminées, dans la mesure nécessaire à la gestion globale des risques juridiques et des risques de réputation.		
Art. 52 Modalités ¹ L'audit doit couvrir tous les domaines d'affaires soumis à l'obligation d'autorisation conformément à l'art. 42^{bis} LCMP. ² Lors de la surveillance courante, l'organisme de surveillance évalue aussi bien les risques liés à l'activité des assujettis que ceux liés à leur organisation. ³ La périodicité et la portée de l'audit sont déterminées par l'évaluation des risques effectuée conformément à l'al. 2. ⁴ Le bureau central peut prévoir que le respect de la LBA, de la LCMP et de leurs ordonnances soit prouvé dans le rapport d'audit du groupe.	La surveillance courante est exercée par le bureau central et non par un organisme de surveillance. Dès lors, l'art. 52 al. 2 P-OBA-OFDF doit être adapté. La portée de l'al. 4 n'étant pas entièrement claire, nous proposons d'apporter quelques clarifications.	[...] ² Lors de la surveillance courante, le bureau central évalue aussi bien les risques liés à l'activité des assujettis que ceux liés à leur organisation. [...] ⁴ Le bureau central peut prévoir que le respect de la LBA, de la LCMP et de leurs ordonnances soit prouvé dans le rapport d'audit du groupe établi par un auditeur indépendant dispensant ainsi le bureau central d'effectuer lui-même l'audit.
Art. 53 Audit par des chargés d'audit ¹ Le bureau central peut charger des tiers de procéder à des actes d'audit auprès d'assujettis, pour autant que cela soit nécessaire d'un point de vue matériel ou que l'audit dépasse les ressources en personnel du bureau central. ² Seuls des sociétés d'audit et des auditeurs responsables agréés au sens de l'art. 24a LBA, indépendants et experts en la matière, peuvent être chargés de l'audit. ³ Les assujettis doivent fournir aux chargés d'audit toutes les informations nécessaires et leur remettre	Il est proposé d'introduire un alinéa 5 pour que les coûts occasionnés par les chargés d'audit soient raisonnables.	[...] ⁵ Le bureau central doit s'assurer que les coûts occasionnés par les chargés d'audit soient raisonnables.

Dispositions P-OBA-OFDF	Commentaires	Proposition de texte (ajouts en bleu)
tous les documents dont ceux-ci ont besoin pour accomplir leurs tâches. ⁴ Les coûts occasionnés par l'engagement d'un chargé d'audit sont à la charge de l'assujetti.		
	Proposition d'un nouvel article 55 sous la section 2 Mandat à des tiers. Cet article s'inspire de l'art. 14 al. 4 de la loi du 22 juin 2007 sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (LFINMA).	Art. 55 Secret de fonction Les personnes mandatées par le bureau central (notamment chargés d'audit, chargés d'enquête) sont soumises au secret de fonction.